

**Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Roland Jakob, SVP): Werden die Gegner des Ausländerstimmrechts von der Stadt als Rassisten verunglimpft und mit staatlichen Mitteln als Rassisten bekämpft?**

Die Bern führt vom 18. bis 24. März 2016 unter dem Motto: „I bi hie deheime“ eine Aktionswoche gegen Rassismus durch. Dabei wird in der Medienmitteilung der Stadt Bern vom 24.4.2016 u.a. der Fall der fiktiven Fernanda thematisiert.

“Staunen wir nicht darüber, dass Fernanda – obwohl hier aufgewachsen – nicht abstimmen und wählen darf?“ Ist es für uns in Ordnung, dass Mohamed am Eingang zum Club ohne Begründung abgewiesen wird? Empfinden wir diese Ungleichheiten als normal oder hinterfragen wir sie? Die 6. Aktionswoche der Stadt Bern gegen Rassismus beleuchtet die Mechanismen, wie Menschen zu „Fremden“ gemacht werden und spürt ihren rassistischen Hintergründen nach“.

Die Stimmbürger des Kantons Bern haben Bestimmungen, die eine Einführung des Stimmrechts auf Ebene des Kantons oder der Gemeinde vorsahen auch unlängst wieder abgelehnt. Dieser Entscheidung gilt es u.E. auch in der Stadt Bern zu respektieren. Zudem befremdet es, wenn die Anti-Rassismus Kampagnen der Stadt suggerieren will, dass die Ausschliessung der Ausländer vom Stimm- und Wahlrecht ein Auswuchs rassistischen Gedankenguts sei. Damit wird eine Kampagne dazu missbraucht, Politik zu machen.

Der Gemeinderat wird in diesem Zusammenhang höflich aufgefordert die folgenden Fragen zu beantworten.

1. Ist die Ausschliessung der Ausländer vom Stimm- und Wahlrecht in der Schweiz, den Kantonen und den Gemeinden gemäss der Auffassung des Gemeinderates „rassistisch“? Wenn Ja, warum? Wenn Nein, warum nicht?
2. Müssen die Gegner des Ausländerstimmrechtes mit staatlichen Mitteln als Rassisten diffamiert und bekämpft werden? Wenn Ja, warum, wenn Nein, warum nicht? Was wäre die gesetzliche Grundlage für diese Aktion, die sich gegen ein gültiges Abstimmungsergebnis der Kantonsbürger richtet?
3. Gibt es noch andere Bereiche, in denen die Stadt Dritte unterstützt, obwohl diese politisch anders denkende ausschliessen und ausgrenzen?  
Wenn Ja, welche Institutionen? Was ist die rechtliche Grundlage dafür? Will der Gemeinderat dies in Zukunft ändern? Wenn Ja, warum? Wenn Nein, warum nicht?

Bern, 03. März 2016

*Erstunterzeichnende: Alexander Feuz, Roland Jakob*

*Mitunterzeichnende: Manfred Blaser, Hans Ulrich Gränicher, Roland Iseli*